



Merkel, Monti in Brüssel



Hollande

EUROPA

Bündnis gegen Hollande

Bundeskanzlerin Angela Merkel und wichtige EU-Partner haben vereinbart, den französischen Präsidentschaftskandidaten François Hollande im Wahlkampf nicht zu empfangen. Der vertraulichen Absprache zwischen Merkel, dem italienischen Regierungschef Mario Monti und dem spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy schloss sich der britische Premier David Cameron an. Die konservativen Politiker sind vor allem empört darüber, dass der Sozialist Hollande ange-

kündigt hat, er werde als französischer Staatschef den zwischen 25 EU-Mitgliedern geschlossenen Fiskalpakt neu verhandeln. Der vor allem auf Betreiben Merksels beschlossene Pakt gilt als zentraler Baustein der Euro-Rettung. Man wolle Hollandes Position gegen die Euro-Beschlüsse nicht auch noch unterstützen, indem man ihn im Wahlkampf offiziell treffe, heißt es. Der britische Premier Cameron, dessen Land dem Fiskalpakt nicht beigetreten ist, wünscht sich ebenfalls, dass der konservative Präsident Nicolas Sarkozy in Frankreich an der Macht bleibt (siehe Seite 98). Merkel hatte vor einem Monat sogar tatkräftige Hilfe angekündigt: Sie werde Sarkozy im Wahlkampf unterstützen. Der französische Staatschef hatte seinerseits Deutschland als Vorbild für Reformen bezeichnet.

UMWELT

Bittbrief der Milliardäre

Die Bundesregierung kürzt die Fördermittel für die Energiewende drastisch. Sie sollten durch Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel finanziert werden, die jedoch erheblich niedriger ausfallen als erwartet. Deshalb sinkt das Volumen des „Energie- und Klimafonds“ in diesem Jahr von 780 auf 452 Millionen Euro, wie aus einem Bericht des Finanzministeriums an den Haushaltsausschuss hervorgeht. Betroffen von den Kürzungen ist ein Lieblingsprojekt der Kanzlerin, die Förderung

der Elektromobilität. Die deutsche Autoindustrie hat deshalb, trotz milliardenschwerer Rekordgewinne, einen Bittbrief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geschrieben. Darin for-



Elektro-Autos in Berlin

dert Matthias Wissmann vom Verband der Automobilindustrie zusammen mit Ex-SAP-Chef Henning Kagermann und IG-Metall-Chef Berthold Huber, Merkel solle eine für 2012 und 2013 zugesagte Milliardenzahlung zur Förderung der Elektromobilität trotz geringerer Einnahmen im Klimafonds sicherstellen. Das Geld sollte in Forschung, Entwicklung und Modellprojekte investiert werden. Auch Umweltminister Norbert Röttgen leidet unter den Kürzungen. Kräftig gespart wird bei seinem „Marktanreizprogramm“, mit dem der private Bau von Sonnenkollektoren, Wärmepumpen und Biomasseanlagen bezuschusst wird. Die Mittel dafür werden auf 50 Millionen Euro halbiert.